

1/72

ZUR SITUATION AN DER HH-UNI

**versuch einer
inhaltlichen u.
organisato-
rischen bestimmung
sozialistischer
politik
an der hochschule**



WARUM DIESES FLUGBLATT ?

Die Hochschulgruppe des Sozialistischen Büros (SB) will mit diesem Flugblatt den Stand ihres politischen Lernprozesses veröffentlichen, ihre Erfahrungen also und Überlegungen mit alternativen Formen politischer Arbeit zur Diskussion stellen. Das Flugblatt will verstanden werden als Arbeitspapier und Diskussionsgrundlage. D.h., wir wollen vor allem diejenigen ansprechen, die Seminare und Vorlesungen mit einem latenten Unbehagen besuchen, weil sie dort isoliert und frustriert werden, jedoch kaum so qualifiziert werden, daß sie Inhalte kritisch anwenden können und lernen, solidarische Arbeits- und Lebensformen zu praktizieren; und diejenigen, die tägliche Repression erleben als Stress, Langeweile, Ohnmacht, Einschränkungen, ohne bisher die Möglichkeit gefunden zu haben, sich organisiert dagegen zu wehren.

Wir hoffen, daß unsere weitere Arbeit durch Eure Reaktion auf dieses Papier angeregt wird. Das Flugblatt erscheint jetzt, weil wir meinen, daß es Zeit ist, nicht mehr jede Äußerung in die Schubladen Streik jetzt - oder später einzuwerfen, sondern aufzuzeigen wie breit der Weg darzwischen ist und wie man ihn begehen kann.

Die bisher in den Hochschulen zumeist praktizierte Trennung zwischen Studium einerseits und politischen Aktivitäten andererseits findet ihren Ausdruck auch in den von der Hochschulrealität abgetrennten allmonatlichen Manifeststreiks und Aktionstagen. Wir wollen deshalb mit diesem Flugblatt die Studenten dazu anregen, nicht den Politikern hinter uns die Politik zu überlassen und aufzuzeigen, daß Studium und offensive Wahrnehmung der Interessen notwendig zusammengehören und daß es möglich ist, beides gemeinsam zu organisieren.



SCHLUSFOLGERUNGEN AUS DEM LETZTEN STREIK

Eine Organisation politischer Arbeit gemäß den studentischen Wünschen und Hoffnungen über ihr Studium ist sicher schon immer von politisch Aktiven und Organisationen gefordert worden. Wie wenig diese Forderung jedoch bisher umgesetzt worden ist in wirksamen Widerstandsformen gegen die sich seit Jahren verschlechternden Studienbedingungen, zeigt die Ineffektivität studentischer Politik an der Hochschule. Die Kreativität in der Phase vor dem Streik und die Umsetzung in einer Reihe von alternativen Verabaltungen zu verschiedenen Formen der Politischen Repression, euten zwar eine neue Phase des Widerstands an. Aber auf Fragen, wie im Anschluß an den Streik diese Ansätze weitergeführt werden könnten, gibt es mit wenigen Ausnahmen nur unbestimmte Antworten. Tendenziell sollte man skeptisch sein, ob was übrig bleibt. Rückfälle in den alten Trott werden häufiger sein. 4.

Bei der Diskussion über die mögliche Fortführung dieser positiven Ansätze ist man jedoch selten über die spezielle Form Streik hinausgekommen. Wenn diese Ansätze jedoch ihre Bedeutung darin haben sollen, daß hier eine Verbindung von Seminararbeit und der Wahrnehmung politischer Interessen erreicht wurden, so kann das nur heißen, daß diese Form weiterentwickelt und zu einer Selbstverständlichkeit im universitären Alltag werden muß.

Die Weiterentwicklung dieses Ansatzes ist zugleich Aspekt einer Strategie des Kampfes gegen HSG/LMG: d.h. Verhinderung der Durchsetzung des HSG durch Wahrnehmung bisheriger studentischer Rechte und durch das Hinarbeiten auf neue Umgangs- und Arbeitsformen, die dieses Gesetz abschaffen will oder verhindern wird.

Die Mehrzahl der pol. Organisationen sind weit davon entfernt, die Studenten zu politischem Engagement zu motivieren. Das durchaus vorhandene spontane Element in letzten Streik konnte nicht für eine längerfristige Strategie genutzt werden.

UNSERE PERSPEKTIVE

Unser Verständnis ist es, daß Politisierung einen Lernprozeß ist und für uns politisch Arbeiten demzufolge Lernerfahrungen machen und erzwungen bedeutet. Lernen findet nicht über Moralische Appelle statt, sondern durch Erfahrungen in konkreten Lebenssituationen und reflektierten Auseinandersetzungen. Hierbei stoßen wir gerade an den Hochschulen auf eine fundamentalen Schwierigkeit. Das herrschende Verständnis von Wissenschaft - oder verkürzt: die Freiheit der Wissenschaft - hat zufolge, daß wir uns an den Hochschulen gewissermaßen in einem "gesellschaftlichen Vakuum" befinden. Das heißt: als Student stehen wir Bedingungen gegenüber, die getrennt worden sind von den realen gesellschaftlichen - materiellen - Bedingungen in anderen Bereichen. Durch das Erkennen des funktionalen Zusammenhangs der Hochschule mit anderen Bereichen der Gesellschaft, kann dieses Vakuum durchbrochen werden. Dies ist ein wichtiges Ziel von politischer Arbeit an der Hochschule. Auf dieser Ebene wird es jedoch schwierig sein, scheinbar abstrakte politische Erkenntnisse mit konkreten Erfahrungen in Verbindung zu bringen. Deshalb liegt der Schwerpunkt unserer politischen Arbeit da, wo wir unseren Erfahrungen machen: Also im Fachbereich, im Seminar, in Arbeitsgruppen und in dem, was uns dort alles direkt angeht, wie: Fachschaft, Seminarinhalte, Arbeitsmethoden, Vereinzelung, Leistungsdruck, die Schwerförmigkeit mit dem BAföG etc.

Die Ziele, die wir ^{uns} setzen sind:

- Formen von Widerstand zu entwickeln und nicht nur gegen reaktionäre Lehrkräfte, sondern auch gegen das LMG, das in einigen Seminaren punktuell bereits vorweg genommen wird
- Das Entwickeln von Alternativen, sowohl was die Lehrinhalte betrifft, als auch die Arbeitsmethoden und Umgangsformen. Diese sind auch eine politische Qualifizierung für die spätere Berufsrolle
- Den angestrebten Beruf, Berufsmöglichkeiten und -wahl und die Entwicklungen in den jeweiligen Berufsfelder mit einbeziehen. Viele Studenten erfahren ihr Studium durch das ~~Ausklammern dieses~~ Bereichs als sinnlos und sind später der Realität hilflos ausgeliefert.
- Das politische Mandat im Fachbereich und im Seminar wahrnehmen. Daß wir sie als eine Selbstverständlichkeit lernen zu betrachten und so nicht die Bezüge zu unserer außeruniversitären Umwelt verlieren.
- ~~Ein~~ ~~Üben~~, kontinuierlicher zu arbeiten oder im Kollektiv zu arbeiten -Erfordernisse, wenn wir auch nach der Hochschule politisch und glaubhaft weiter arbeiten wollen.

Demokratisches Verhalten bei der Lösung dieser konkreten Probleme bedeutet nicht, abstraktes antizipieren eines vagen Sozialismus, sondern meint den Versuch in überschaubaren Bereichen das zu praktizieren, was beim Aufbau eines Sozialismus an zwischenmenschlichen Verhaltensweisen notwendig erscheint.

DAS BASISGRUPPENKONZEPT

Wie sich auch bei der Auswertung des letzten Streiks gezeigt hat, bleibt die Frage nach einer längerfristigen und damit kontinuierlichen Politisierung einer großen Zahl von Studenten vordringlich und damit zentraler Auseinandersetzungspunkt der Gruppen. Die beschriebenen Erfahrungen mit dem letzten Streik sollten deshalb vor allem in eine langfristige Strategie mit einbezogen werden.

Für die Arbeit in den Seminaren lassen sich daraus zwei Ansatzpunkte ableiten. Zum einen sollte der Versuch gemacht werden, allgemeine politische Themen (Brokdorf, Biermann, P.P.Zahl usw), die bereits

eine breite auch hochschulpolitische Öffentlichkeit besitzen, zum Gegenstand von Seminarinhalten zu machen (Brokdorf etwa bei Biologen, Soz.Pol., Geographen, Physikern, Biermann bei Sprachwissenschaftler, Soz.Pol., Musikern usw) Das kann -und ist zum Teil-, auf verschiedenen Wegen geschehen, sowohl durch Drängen auf sofortige Aufnahme in den Lehrstoff, als auch durch Teilnahme in Lehrplankommissionen bei der Vorbereitung kommender Semester. Eine so praktizierte Politik bedeutet eine offensive Wahrnehmung des politischen Mandats.

Der zweite Ansatzpunkt bezeichnet die primär hochschulpolitischen Fragestellungen ^{wie} zum HSG/LMG Die mangelnde Beteiligung an Veranstaltungen zum HSG/LMG ist zweifellos auf eine Überwältigung der Studenten bezüglich der Art der Auseinandersetzung mit diesen Problemen zurückzuführen. Nur in spärlichen Fällen ist es gelungen, in Seminaren zu übersetzen, was die Reglementierungen, die formal erst über das LMG abgesichert werden sollen, für uns konkret bedeuten. D.h., es gilt sich kritisch mit den Strukturen des jeweiligen Seminars zu befassen: dem Auftreten des Dozenten, den Bedingungen für die Scheinvergabe, der Kommunikationsstruktur (Dominanz der Profs oder einzelner Kommissionen), dem Seminarskonzept Inhalte müssen ihre politische Relevanz ausweisen An solchen Punkten kann z.B. klar festgemacht werden, wo und wie sich das LMG schiebend oder offen durchsetzt. Dabei muß versucht werden zu vermitteln, daß und wie erfahrene Veränderungen und Zustände weniger Ausdruck personeller als viel mehr struktureller Gewalt dieser Institution Universität sind. In den Seminaren sollte das Problem alternativen Verhaltens eingeblät werden, durch eine offensive Wahrnehmung der eigenen Interessen. Die Seminarinhalte gilt es unter ideologiekritischem Gesichtspunkten zu betrachten, um eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit Ansätzen der bürgerlichen Wissenschaften zu gewährleisten.

Eine Organisation in basisnahen Formen könnte man sich etwa so vorstellen:

Seminar Kollektive sind Gruppen, die aus Seminaren hervorgehen, um alle dort anfallenden Probleme gemeinsam anzugehen, als da sind:
- Seminarinhalte, gemeinsames Aufarbeiten des Stoffes, Kritik der Inhalte, Diskussion von Alternativen, Diskussion über Gehalt und Funktion bürgerlicher Wissenschaft, kollektives Erarbeiten von Papieren (Referate, Seminar Kritiken ...)

- Isolation im Seminar und an der Hochschule, Versuch der Aufhebung durch gemeinsames Arbeiten, ...
- Leistungs- und Konkurrenzdruck, Versuch der gemeinsamen Überwindung z.B. der Angst zu reden
- Einbeziehung des "privaten Bereichs", um persönliche Beziehungen herzustellen

Studienkollektive sind aus der Zusammenarbeit in Seminaren entstandene Gruppen, die über einen längeren Zeitraum (meist bestimmte Studienabschnitte) zusammenarbeiten. Idealerweise entwickeln Seminarkollektive sich zu Studienkollektiven, aber wichtig ist vor allem, daß sich eine "sozialistische Infrastruktur" entwickelt, damit niemand vereinzelt in Seminare zu gehen braucht. In Studienkollektiven werden stärker auch fachspezifische Themen über mehrere Semester und seminarübergreifende Themen behandelt. Studienkollektive haben - ähnlich wie Seminarkollektive, nur daß sie längerfristig zusammenarbeiten - die Funktion, inhaltliche ebenso wie "psychologische" Probleme, d.h. Fragen des konkreten Verhaltens aufzuarbeiten.

Basisgruppen sind Gruppen, in denen sich Studenten eines Fachbereichs für eine politische Arbeit am Bereich zusammenschließen. Aufgaben von Basisgruppen könnten sein:

- Koordination von verschiedenen Initiativen oder Studienkollektiven am Bereich
- Aufarbeitung theoretischer Fragen zu bestimmten Problemen am Bereich
- Aufgreifen aktueller, politisch relevanter Themen
- Vorbereitung von Veranstaltungen am Bereich (z.B. zum Gewaltparagrafen, zum MRG, zur Kritik von fachbereichsspezifischen Inhalten, zur Berufsperspektive)
- Vorbereitung und Unterstützung von Tutorien und Erstsemesterarbeit
- Organisation von Studienberatung

Basisgruppen erwachsen aus Seminarkollektiven/Studienkollektiven/Fachbereichsinitiativen, so wie sie ihrerseits wieder versuchen, die Organisation aus den Seminaren heraus zu unterstützen. Basisgruppen setzen damit voraus, daß der Versuch geglückt ist, die eigenen konkreten Probleme in den Seminaren anzupacken, denn daraus erwächst das begründete Bedürfnis, die eigenen Erfahrungen weiterzugeben und langfristig zu übergreifenden Themen zusammenzuarbeiten.

Das Initiieren von Basisgruppen muß demnach je nach Stand der Basisarbeit an den verschiedenen Fachbereichen unterschiedlich vor sich gehen.

Im Rahmen der beschriebenen Organisationskonzepte sollte eine Konfliktstrategie eingeschlagen werden, die unter Berücksichtigung des unterschiedlichen Entwicklungsstandes der Auseinandersetzung an den einzelnen Fachbereichen zu entwickeln wäre, es sollten also bereichsspezifische Aktionspläne erarbeitet werden. Ein so zu die Basis gebundener, dezentraler Aufbau zielt darauf ab die politische Heterogenität in den Gruppen in Kauf, genau darin wird die Stärke dieses Ansatzes gesehen. Das beschriebene Konzept ist formal nicht neu, sondern knüpft an vorhandene Formen an. Es schließt Aktionen in größerem Rahmen, - auch Uni übergreifend -, nicht aus, wird diese allerdings mit einer zusehends politischeren studentischen Basis austragen können. Die angedeuteten Organisationsansätze stehen nicht in Konkurrenz zu bestehenden studentischen Institutionen, bedeuten aber langfristig eine qualitative andere Verankerung und Legitimation dieser unter den Studenten.

Als Sozialisten setzen sich die Studenten die Aufgabe, neben der Aneignung des Lernstoffes und seiner Kritik auch die Reflexion über die Gesellschaft und Kritik an derselben zu praktizieren (sonstere wäre homierrt, wenn es letzteres nicht einschlässe). Diese kann öffentlich zu machen und in die Praxis umzusetzen, schließt auch, wo nicht jeglicher Ernsthaftigkeit verlustig zu gehen, die Arbeit an Orten außerhalb der Hochschule ein (Bürgerinitiativen, Gewerkschaften usw.).



und dann zur
freien Verfügung...
oder?!

VERHÄLTNISS ZU ANDEREN ORGANISATIONEN

Wir haben uns lange überlegt, ob wir an dieser Stelle auch die Abgrenzungen zu anderen politischen Verbänden an der Hochschule klarer benennen sollten als bereits durch die Darlegung unserer Vorstellungen geschehen ist. Wir meinen, daß die Auseinandersetzung der Gruppierungen untereinander einen viel zu großen Raum im politischen Geschehen an der Hochschule einnimmt und auch davon ablenkt, die eigentlichen Probleme mal wirklich anzugehen. Das ist genau das, was wir vermeiden möchten, doch unsere Erfahrungen in mancher Basisgruppe haben gezeigt, daß wir uns darin nicht ganz raushalten dürfen. Es ist bereits Tatsache das Begriffe wie Basis, Basisarbeit - so wie auch Streik - einer starken Inflation unterliegen sind. Andere Gruppierungen führen sie auch ständig im Munde, weil sie sich davon als "Waren" einen guten Marktwert versprechen. Wir meinen jedoch, daß die Arbeit an der Basis sich nur dann auch rechtfertigen kann, wenn sie in der Organisationsstruktur der jeweiligen Gruppierung auch mit angelegt ist. Keine Organisation kommt daran herum, mit ihrem Ziel und Ihrer Organisationsstruktur auch ihr Verständnis von studentischer Politik mit anzugeben. Hier finden wir Formen von Starrheit und/oder Radikalität vor, die nicht Nähe zur Studentenschaft angeben sondern vielmehr ihre Isolation von den Studenten an der Hochschule. Organisationen, die eine autoritäre hierarchische Struktur aufweisen, oder sich als die "bewußte Vorhut" an die Spitze einer sich entwickelnden Bewegung stellen und das für eine Selbstverständlichkeit halten, weil für sie nur so die Studentenschaft schlagkräftig werden kann, machen - unserer Ansicht nach - lediglich nur deutlich wie weit sie sich schon von der Realität und damit von der Basis an den Hochschulen entfernt haben.

Hochschulgruppe (HOG)
im ISZ des Sozialistischen Büro
2 HH 6 Altonaerstraße 28

V.i.S.d.P. P. Offenborn
Druck: Medienladen, Aufl. 2000